

## Horst-Eberhard Richter: SOLIDARITÄT?

Die ungeheuerlichen Anschläge von New York und Washington haben die Menschen in weiten Teilen der Welt in einen Ausnahmezustand versetzt. Entsetzen, Sprachlosigkeit, Trauern charakterisieren die erste Reaktion. Über 6.000 Menschen aus 60 Ländern wurden in den Trümmern des World Trade Centers, dem Symbol westlicher Wirtschaftsmacht, durch eine Mordaktion ohnegleichen aus dem Leben gerissen. Die Bilder des Grauens, die Hilflosigkeit der Überfallenen, die Ohnmacht der Retter, die unfassbare Brutalität der Täter - diese Eindrücke machen noch immer ein besonnenes Nachdenken über die Ermöglichung des als unmöglich Geglaubten schwer. Bald stieg aus dem Entsetzen auch Hass auf. Die innere Identifikation mit den Opfern verbot fürs Erste, so schien es, eine nüchterne Suche nach den Motiven der Täter. Denn allein ein solches Bemühen mochte schon den Verdacht wecken, man wolle im Verstehen etwas verständlich finden, sich unziemlicherweise in die Schuldigen einfühlen, d.h. die einzig gebotene Identifizierung mit dem Opfern preisgeben.

Aber für viele wurde es zunehmend unerträglich, im Zustand des lähmenden Schreckens zu verharren. Wer konnte so etwas tun? Warum? Wer steckte dahinter? Die aus dem Entsetzen aufsteigende Wut fahndete nach Verantwortlichen. Bald kannte man Namen, auch den Hauptverdächtigen, versteckt in einem der ärmsten Länder der Erde, das ihn nicht auslieferte. Von Tag zu Tag stieg die Spannung, das Verlangen nach einem Schlag gegen die Schuldigen, aber auch die Sorge vor einer Überreaktion, vor Verwicklung der Welt in eine Kette von Gewalt und Gegengewalt wie in Israel/Palästina, wo selbst die ungeheure militärische Übermacht der einen Seite den Widerstand der anderen nicht ersticken kann.

Im Streit über die möglichen Hintergründe der Attentate vom 11. September stieß eine Frage auf heftigen Widerstand, nämlich die, ob Amerika und der Westen etwa den Tätern einen Anlass zu den Überfällen gegeben haben könnten. Ein ungeheurer Gedanke in den Augen vieler, die darin von vornherein nichts anderes als einen Verstoß gegen die gebotene Identifizierung mit den Opfern erkannten und immer noch erkennen. Womöglich wolle man die Ermordeten noch zu Tätern erklären und die Mörder entschuldigen.

Aber kritische Selbstbesinnung ist nun einmal sogar in dieser Situation ein unerlässlicher erster Schritt, um zu klären, was man vielleicht auf der eigenen Seite mit dem Hass zu tun hat, dessen Ziel man offenbar nicht nur für eine kleine Gruppe von Verschwörern, sondern für ganze Bevölkerungsteile in gewissen islamischen Ländern geworden ist. Einen Hinweis hat der deutsche Bundespräsident mit der mahnenden Feststellung gegeben: Aus Menschen, die in Würde und Zuversicht leben, würden sich keine Selbstmord-Attentäter entwickeln. Dem wäre hinzuzufügen, dass die Zahl der Länder, in denen die Menschen nicht in Würde und Zuversicht leben können, nicht eben klein ist. Wenn die Vereinten Nationen am 26. September ihren neuen Weltbevölkerungsbericht vorlegen, wird davon wieder die Rede sein. "Terrorismus hat auch ökonomische Ursachen wie die Ausbeutung der Dritten Welt", stellt der bekannte Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel fest. Und er fügt hinzu: "Denn während die Wirtschaft globalisiert wurde, wurde die Politik lokalisiert. Jetzt schlägt die Globalisierung auf die Politik zurück."

Genau hier setzt nun auch die Bewegung der Globalisierungskritiker an, die in letzter Zeit in zahlreichen Ländern einen erstaunlichen Zulauf erfährt. Die gewaltträchtigen Begleiterscheinungen bei ihren Auftritten in Seattle, Göteborg und Genua haben davon abgelenkt, dass die schnell wachsende Kerngruppe der Kritiker, in der Organisation Attac vernetzt, sich im allgemeinen Unbehagen über eine internationale Unordnung vereint hat, die den Menschen in großen Teilen der Welt ein Leben in Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung verwehrt. Die Bewegung mahnt eine gerechtere, fairere Verteilung der Güter an. Mit ihren Demonstrationen will sie vor allem auch ihren Widerstand dagegen ausdrücken, dass die Interessen des Geldes immer mehr die Bedürfnisse der Menschen in den Hintergrund drängen. Den unheilvollen Zusammenhang von ökonomischer Ungerechtigkeit und anwachsender gewaltträchtiger Spannung machen allein zwei Tatsachen deutlich: die Kluft zwischen Arm und Reich erweitert sich ebenso stetig, wie der Waffenhandel - zur Ermöglichung künftiger Kriege - stetig ansteigt.

Mehr Gerechtigkeit, mehr Teilen, mehr Fairness sind nötig, um einer Kultur des Friedens näher zu kommen. Nicht zu unterschätzen sind psychische Elemente wie Förderung von Selbstachtung zur Stützung von Friedfertigkeit anstatt Kränkung und Erniedrigung als Quellen von Gewalt. Bezeichnenderweise ebte der Nahost-Terrorismus für eine Weile deutlich ab, als die Friedenspläne

von Oslo die Palästinenser hoffen ließ, sie könnten besetztes Territorium zurückerhalten und künftig in einem eigenen autonomen Staat leben, zu dem es auch heute keine Alternative gibt.

Natürlich rechtfertigen ökonomische Ungerechtigkeiten keinen mörderischen Terror. Und alle Welt erkennt Amerikas Recht an, die Schuldigen und ihre Drahtzieher unnachsichtig zur Rechenschaft zu ziehen. Indessen ist es weder Feigheit noch Mangel an Solidarität, wenn davor gewarnt wird, von massiven militärischen Gegenschlägen, die zumal meist große Scharen von Unschuldigen treffen, die Ausschaltung des Terrorismus zu erhoffen. Keine noch so überlegenen militärischen Machtmittel können die eigene Verletzbarkeit durch Terrorismus mindern. Das ist die unbezweifelbare Lehre aus dem täglichen Gemetzel in Israel/Palästina und aus dem 11. September. Auch wenn die augenblickliche Befindlichkeit es schwer macht, außer an Vergeltung und Strafe an die Chance eines Brücken-Schlagens zu denken - auf längere Sicht führt kein Weg an der Notwendigkeit vorbei, gerade dort, wo der Nährboden für terroristischen Hass entstanden ist, an der Verbesserung des Klimas für ein gedeihlicheres Zusammenleben zu wirken. Die Strategie von Sanktionen, wie sie im Irak das Sterben von mindestens einer halben Million Kinder (nach UNESCO-Angaben) verursacht haben, ist gescheitert. Dort sind bis heute 60 Prozent der ländlichen Bevölkerung auf verseuchtes Trinkwasser angewiesen, weil bombengeschädigte Wasserwerke und Reinigungsanlagen wegen Einfuhrsperren für notwendige Ersatzteile nicht repariert werden können. Die Methode, ganze Völker in Sippenhaft für ihre militanten Führer, deren Stellung dadurch eher gestärkt wird, ins Elend zu treiben, sät nur eine neue Gewaltbereitschaft.

Unter Solidarität begreift die Bewegung der Globalisierungskritiker übrigens nicht ein Kampfbündnis gegen Feinde, wie neuerdings üblich. Sondern sie versteht diesen Begriff, wie zur Zeit Willy Brandts, als Integrationsziel für eine Weltgemeinschaft, die diesen Namen verdient. Also nicht für eine Vereinigung der Guten gegen das Böse taugt der Begriff Solidarität, sondern zu Beherrschung der Erkenntnis, dass die Menschen in aller Welt aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind.